Kreditwesengesetz (KWG) mit Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG)

Schwennicke / Auerbach

4. Auflage 2021
ISBN 978-3-406-72455-8
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition.
Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage
C.H.BECK und Franz Vahlen.
beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit:

über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Schwennicke/Auerbach
Kreditwesengesetz

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Kreditwesengesetz (KWG) mit Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG)

Kommentar

Herausgegeben und bearbeitet von

Dr. Andreas Schwennicke
Rechtsanwalt und Notar in Berlin

Dirk Auerbach
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Frankfurt a.M./Zürich

Bearbeitet von
Dr. Till Brocker, Rechtsanwalt in Berlin; *Francesco Capasso*, M.Sc. in Wiesbaden; *Jan Philipp Clever*, Diplom-Volkswirt in Frankfurt a.M.; *Dr. Kirsten Donner*, Rechtsanwältin in Berlin; *Dr. Achim Döser*, Rechtsanwalt in Frankfurt a.M.; *Dr. Joachim Habetha*, Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt a.M.; *Marcel Hannemann*, Diplom-Kaufmann in Frankfurt a.M.; *Dr. Christian Herweg, LL.M.*, Rechtsanwalt in München; *Josefine Holl*, M.Sc. in Frankfurt a.M.; *Michael Kohl*, Rechtsanwalt in Frankfurt a.M.; *Dr. Renata Kohlheim*, Richterin am Amtsgericht, Amtsgericht Hanau; *Markus Langen*, Rechtsanwalt in Frankfurt a.M.; *Barbara Musiol*, Magister der Rechtswissenschaften in Frankfurt a.M.; *Dr. Thomas Reimann*, Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Diplom-Kaufmann in Frankfurt a.M.; *Dr. Jens Rinze LL.M.*, Rechtsanwalt in Frankfurt a.M.; *Dr. Thomas Spies*, Rechtsanwalt in Frankfurt a.M.; *Christina Stappert*, Wirtschaftsprüferin in Frankfurt a.M.; *Rainer Süßmann*, Rechtsanwalt in Frankfurt a.M.; *Dr. Charlotte Willemer*, Rechtsanwältin in Frankfurt a.M.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

4. Auflage, 2021

C.H.BECK

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 72455 8

© 2021 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck, Bindung und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)
Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark

CO2 neutral
chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 4. Auflage

Seit dem Erscheinen der 3. Auflage im Februar 2016 haben sich erneut umfangreiche Änderungen der kommentierten Vorschriften ergeben.

Die Kommentierungen berücksichtigen insbesondere die Änderungen durch das Erste Finanzmarktnovellierungsgesetz vom 30. Juni 2016, das FSMA-Neuordnungsgesetz vom 23. Dezember 2016, das Finanzaufsichtsrechtergänzungsgesetz vom 6. Juni 2017, das Zweite Finanzmarktnovellierungsgesetz vom 23. Juni 2017, das Gesetz zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie, zur Ausführung der EU-Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen vom 23. Juni 2017, das Gesetz zur Umsetzung der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie vom 17. Juli 2017, das Gesetz zur Ausübung von Optionen der EU-Prospektverordnung und zur Anpassung weiterer Finanzmarktgesetze vom 10. Juli 2018, das Gesetz zur Anpassung von Finanzmarktgesetzen an die Verordnung (EU) 2017/2402 und an die durch die Verordnung (EU) 2017/2401 geänderte Verordnung (EU) Nr. 575/2013 vom 18. Dezember 2018, das zweite Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU vom 20. November 2019, das Gesetz zur Umsetzung der Änderungsrichtlinie zur Vierten EU-GeldwäscheRL vom 12. Dezember 2019 und das Gesetz zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrechterichtlinie vom 12. Dezember 2019.

Das KWG wurde nunmehr in der Fassung des Gesetzes zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrechterichtlinie (ARUG II) vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2637) kommentiert, das ZAG in der Fassung des Gesetzes zur Umsetzung der Änderungsrichtlinie zur Vierten EU-Geldwäscherichtlinie vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2602). Von der erneuten Kommentierung des FKAG wurde abgesehen.

beck-online
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Rechtsprechung und Literatur wurden bis März 2020 berücksichtigt, in Einzelfällen darüber hinaus.

Aus dem Kreis der Bearbeiter ausgeschieden sind Dr. Dirk Ellerkmann, Dr. Detlef Haß, Petra Adelt, Christian Eicke, Hendrik Häußler, Thomas Grol, Verena Anders, Karolin Schriever, Daniela Klotzbach, Jutta Kempers, Götz E. Fischer sowie Simone Hentschel. Neu hinzugekommen sind in der 4. Auflage die Bearbeiter Barbara Musiol, Josefine Holl, Marcel Hannemann, Jan Philipp Clever, Francesco Capasso und Christina Stappert.

Berlin und Frankfurt am Main, im September 2020
Dirk Auerbach Andreas Schwennicke

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 3. Auflage

Seit dem Erscheinen der 2. Auflage im Februar 2013 haben sich erneut umfangreiche Änderungen der kommentierten Vorschriften ergeben. Das seinerzeit noch vor der Verabschiedung stehende CRD IV-Maßnahmenpaket der EU hat einschneidende Änderungen des Bankaufsichtsrechts mit sich gebracht, die durch die Umsetzung der neuen Bankenrichtlinie 2013/36/EU (CRD IV) mit dem CRD IV-Umsetzungsgesetz vom 28. August 2013 (BGBl. I, 3395) und durch die unmittelbar geltende Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) mit Bestimmungen über die Eigenkapitalausstattung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und die Liquidität Eingang in die deutsche Rechtsordnung gefunden haben. Daneben hat der durch die Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 geschaffene einheitliche Aufsichtsmechanismus die Zuständigkeit für die Beaufsichtigung großer Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank übertragen.

Die Kommentierungen des KWG, des ZAG und erstmals des neuen FKAG berücksichtigen neben den Änderungen durch die neue Bankenrichtlinie insbesondere die Änderungen durch das EMIR-Ausführungsgesetz vom 13. Februar 2013 (BGBl. I, 174), das Gesetz zur Umsetzung der geänderten Finanzkonglomerate-Richtlinie 2011/89/EU vom 27. Juni 2013 (BGBl. I, 1862), das AIFM-Umsetzungsgesetz vom 4. Juli 2013 (BGBl. I, 1981), das Gesetz zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen vom 7. August 2013 (BGBl. I, 3090), das Gesetz zur Anpassung von Gesetzen auf dem Gebiet des Finanzmarktes vom 15. Juli 2014 (BGBl. I, 934), das Gesetz zur Verringerung der Abhängigkeit von Ratings vom 10. Dezember 2014 (BGBl. I, 2085) und das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/59/EU (BRRD-Umsetzungsgesetz) vom 10. Dezember 2014 (BGBl. I, 2091).

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Das KWG wurde nunmehr in der Fassung des Gesetzes zur Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen vom 1. April 2015 (BGBl. I, 434) kommentiert, das ZAG in der Fassung der Zehnten Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I, 1474). Das seit dem 19. Juli 2013 für Finanzkonglomerate geltende FKAG wird in der Fassung des Gesetzes zur Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen vom 1. April 2015 (BGBl. I, 434) kommentiert.

Rechtsprechung und Literatur wurden bis Juli 2015 berücksichtigt, in Einzelfällen darüber hinaus.

Berlin und Frankfurt am Main, im Dezember 2015
Dirk Auerbach Andreas Schwennicke

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 2. Auflage

Seit Erscheinen der 1. Auflage im Juli 2009 haben sich umfangreiche Änderungen der kommentierten Vorschriften ergeben.

Das KWG wurde in der 1. Auflage in der Fassung des Jahressteuergesetzes 2009 vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I, S. 2794) kommentiert. Der Kommentierung der 2. Auflage liegt die Fassung des KWG mit den Änderungen durch das Zweite Finanzmarktstabilisierungsgesetz vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 206) zu Grunde. Die Kommentierung berücksichtigt insbesondere die fortentwickelten Regelungen zur Eigenmittelausstattung von Instituten in § 10 KWG, die Neufassung der Geldwäscheregelungen in den §§ 25b ff. KWG, die neuen Regelungen zu Verbriefungen in den §§ 18a, 18b KWG, die umfassenden Änderungen in der SolvV, GroMiKV und den MaRisk sowie die Vorgaben zum Thema Bankensanierung in den §§ 48a ff. KWG. Die Änderungen in § 2 KWG durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2010/73/EU und zur Änderung des Börsengesetzes vom 26. Juni 2012 (BGBl. I S. 1375) konnten nicht mehr berücksichtigt werden.

Für die Beaufsichtigung von Zahlungsdiensten gilt seit 30. Juni 2009 das Gesetz über die Beaufsichtigung von Zahlungsdiensten (ZAG), das seit dem 30. April 2012 auch das E-Geld-Geschäft regelt und in dieser Auflage in der Fassung des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über Verkündung und Bekanntmachungen sowie der Zivilprozessordnung, des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung und der Abgabenordnung vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) erstmals mitkommentiert wird.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Das KWG steht im Zuge der anstehenden Umsetzung des zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht verabschiedeten CRD IV-Maßnahmenpakets der EU, mit dem Basel III umgesetzt werden soll, vor tiefgreifenden Änderungen, die dem von der Bundesregierung am 22. August 2012 verabschiedeten Kabinettsentwurf des CRD IV-Umsetzungsgesetzes zu entnehmen sind. Ob der Beratungsprozess auf europäischer Ebene so rechtzeitig abgeschlossen werden kann, dass die CRD IV-Maßnahmen wie geplant zum 1. Januar 2013 in Kraft treten können, erscheint fraglich. Auch ist die Vorlage des Entwurfs eines CRD IV-Umsetzungsgesetzes zu einem Zeitpunkt, zu dem der Inhalt der umzusetzenden CRD IV-Richtlinie noch gar nicht endgültig feststeht, weil er mit der EU-Kommission noch verhandelt wird, fragwürdig, da er eine ausreichende inhaltliche Befassung mit der komplexen Materie durch die Mitglieder des Bundestags und die Öffentlichkeit praktisch unmöglich macht. Ebenso liegen bislang noch keine Entwürfe für die begleitenden Verordnungen (SolvV, GroMiKV und LiqV) vor.

Rechtsprechung und Literatur wurden bis Mai 2012 berücksichtigt, in Einzelfällen auch darüber hinaus.

Berlin und Frankfurt am Main, im September 2012

Dirk Auerbach Andreas Schwennicke

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 1. Auflage

Das KWG von 1961 ist der zentrale rechtliche Rahmen für die Tätigkeit von Kreditinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten. Es regelt deren Zulassung sowie die Anforderungen an den laufenden Geschäftsbetrieb dieser Institute. Zahlreiche Novellierungen des Kreditwesengesetzes, die im Wesentlichen auf die Umsetzung von EU-Richtlinien zurückzuführen sind, sowie das Bemühen des Gesetzgebers um dem Einzelfall gerecht werdende Regeln haben einen komplexen Regelungsrahmen geschaffen, der für den Anwender zahlreiche Fragen aufwirft. Seit der Neubekanntmachung des KWG in Folge der 6. KWG-Novelle zum 1.1.1998 ist das KWG bis Ende 2008 insgesamt 34 Mal geändert worden, allein im Jahr 2008 sieben Mal. Die immer schnellere Anpassung des KWG durch den Gesetzgeber und die oft nur kursorische Begründung von Änderungen im Gesetzgebungsverfahren erleichtern das Verständnis der Normen nicht. Der vorliegende Kommentar soll einen Überblick über die praxisrelevanten Anwendungsprobleme bieten und den Umgang mit der unübersichtlich gewordenen Materie erleichtern.

Der Kommentierung liegt die seit Inkrafttreten des JahressteuerGes 2009 vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I, S. 2794) am 25. Dezember 2008 geltende Fassung zu Grunde. Die Änderungen der §§ 2c, 38, 43, 45a und 46a KWG durch das Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Reformgesetz – FGG-RG) vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I, S. 2586), die erst zum 1. September 2009 in Kraft treten, sowie das Gesetz zur Umsetzung der Beteiligungsrichtlinie vom 12. März 2009 (BGBl. I, S. 470) und das Gesetz zur Fortentwicklung des Pfandbriefrechts vom 20. März 2009 (BGBl. I, S. 607) wurden nicht mehr berücksichtigt.

Veröffentlichungen der BaFin, Rechtsprechung und Literatur sind bis Ende Dezember 2008 berücksichtigt, in Einzelfällen auch darüber hinaus.

Berlin und Frankfurt a.M., im März 2009
Dirk Auerbach Andreas Schwennicke

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Autorenverzeichnis

Dirk Auerbach
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
gw group Frankfurt a.M./Zürich

Dr. Till Brocker
Rechtsanwalt LSP Lindemann
Schwennicke & Partner Berlin

Francesco Capasso
M.Sc. Insurance & Finance Aareal
Bank AG Wiesbaden

Jan Philipp Clever
Diplom-Volkswirt
gw group Frankfurt a.M.

Dr. Kirsten Donner
Rechtsanwältin White & Case LLP,
Berlin

Dr. Achim Döser
LL.M. (Tulane Univ.) Rechtsanwalt
King&Spalding LLP Frankfurt a.M.

Dr. Joachim Habetha
LL.M. (EUI) Rechtsanwalt und Notar
Hogan Lovells International LLP
Frankfurt a.M.

Marcel Hannemann
Diplom-Kaufmann
gw group Frankfurt a.M.

Josefine Holl
M.Sc. Risk Management & Treasury
gw group Frankfurt a.M.

Dr. Christian Herweg
LL.M. (Univ. of Cambridge) Rechtsanwalt Hogan Lovells International
LLP München

Michael Kohl
Rechtsanwalt Weil, Gotshal & Manges
LLP Frankfurt a.M.

Dr. Renata Kohlheim
Richterin am Amtsgericht,
Amtsgericht Hanau

Markus Langen
LL.M. (Sydney) Rechtsanwalt
White & Case LLP Frankfurt a.M.

Barbara Musiol
Magister der Rechtswissenschaften
gw group Frankfurt a.M.

Dr. Thomas Reimann
Rechtsanwalt, Steuerberater und
Wirtschaftsprüfer, Diplom- Kaufmann
gw group Frankfurt a.M.

Dr. Jens Rinze
LL.M. (Exeter) Rechtsanwalt Squire
Patton Boggs (US) LLP Frankfurt a.M.

Dr. Andreas Schwennicke
Rechtsanwalt und Notar LSP Lindemann Schwennicke & Partner Berlin

Dr. Thomas Spies
Rechtsanwalt und Of Counsel Ernst &
Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Frankfurt a.M.

Christina Stappert
Wirtschaftsprüferin
gw group Frankfurt a.M.

Rainer Süßmann
Rechtsanwalt BEITEN BURKHARDT Rechtsanwaltsgesellschaft
mbH Frankfurt a.M.

Dr. Charlotte Willemer
Rechtsanwältin Allen & Overy LLP
Frankfurt a.M.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterverzeichnis

KWG

§ 1	Schwennicke
§ 1a	Auerbach
§ 2	Schwennicke
§ 2a	Auerbach/Kempers
§ 2b	Schwennicke
§§ 2c und 2d	Süßmann
§ 2e	Auerbach
§ 3	Schwennicke
§ 4	Süßmann
§ 6	Habetha/Schwennicke
§ 6a	Schwennicke
§ 6b	Auerbach/Reimann
§ 7	Habetha
§§ 7a bis 7d	Schwennicke
§ 8	Habetha
§§ 8a und 8c	Schwennicke
§§ 8e und 8f	Auerbach
§ 9	Brocker
§ 10	Auerbach
§ 10a	Auerbach/Hannemann/Kempers
§§ 10c bis 10e	Auerbach
§§ 10f und 10g	Auerbach/Capasso
§§ 10h bis 10i	Auerbach
§ 11	Auerbach/Musiol/Adelt
§ 12a	Auerbach
§ 13	Auerbach
§ 13c	Auerbach/Clever/Kempers
§ 14	Auerbach/Hannemann/Adelt
§ 15	Auerbach/Adelt
§ 17	Schwennicke
§ 18	Döser
§ 18a	Schwennicke
§ 19	Auerbach
§ 20	Auerbach/Adelt
§ 21	Auerbach
§ 22	Auerbach/Eicke
Vorbem. vor § 22a	Rinze/Kohlheim
§§ 22a bis 22o	Rinze/Kohlheim
§ 23	Brocker
§ 23a	Langen/Donner
§ 24	Süßmann
§ 24a	Brocker
§ 24b	Auerbach/Spies
§ 24c	Döser
§ 25	Auerbach
§§ 25a und 25b	Langen/Donner
§§ 25c und 25d	Schwennicke

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 25e ..... Langen/Donner
§ 25f ..... Auerbach/Holl/Schriever
§ 25g ..... Brocker
§ 25h ..... Auerbach/Musiol/Hentschel
§§ 25i bis 25m ..... Auerbach/Spies
§ 25n ..... Auerbach/Musiol
§ 26 ..... Auerbach/Stappert
§ 26a ..... Auerbach
§ 28 ..... Schwennicke
§ 29 ..... Auerbach/Stappert
§ 30 ..... Auerbach
§ 31 ..... Brocker
§§ 32 bis 38 ..... Schwennicke
§§ 39 bis 42 ..... Kohl
§ 43 ..... Habetha
§§ 44 und 44a ..... Schwennicke
§ 44b ..... Süßmann
§§ 44c bis 45c ..... Schwennicke
§ 46 ..... Schwennicke/Herweg
§ 46a ..... Schwennicke
§§ 46b und 46c ..... Herweg
Vorbem. vor §§ 46d bis 46h ..... Herweg/Willemer
§§ 46d bis 46h ..... Herweg/Willemer
§§ 47 und 48 ..... Auerbach/Musiol
§ 48t ..... Auerbach/Schriever
§ 48u ..... Auerbach/Holl
§ 49 ..... Schwennicke
§ 51 ..... Süßmann
§§ 51a bis 51b ..... Auerbach/Adelt
§ 51c ..... Auerbach/Holl/Adelt
§ 52 ..... Auerbach
§ 52a ..... Schwennicke
§§ 53 und 53a ..... Auerbach
§§ 53b bis 53d ..... Brocker
§ 53e ..... Süßmann
§ 53f ..... Auerbach
§§ 53g und 53h ..... Auerbach/Eicke
§§ 53i bis 53m ..... Schwennicke
§ 53n ..... Auerbach/Eicke
§§ 53o bis 60d ..... Schwennicke
§§ 61 und 62 ..... Süßmann
§§ 63a und 64 ..... Süßmann
§§ 64e und 64f ..... Schwennicke
§§ 64g und 64h ..... Kempers
§ 64i ..... Auerbach/Adelt
§ 64j ..... Schwennicke
§§ 64k und 64l ..... Donner
§ 64m ..... Auerbach/Musiol
§ 64n ..... Schwennicke
§ 64o ..... Auerbach/Eicke
§ 64p ..... Auerbach/Adelt
§ 64q ..... Schwennicke
§ 64r ..... Auerbach/Reimann

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§§ 64s bis 64u ..... Schwennicke
§ 64v ..... Auerbach/Musiol
§ 64w ..... Auerbach/Stappert
§ 64y ..... Schwennicke

ZAG

§§ 1 bis 14 ..... Schwennicke
§ 15 ..... Auerbach/Reimann
§ 16 ..... Schwennicke
§§ 16 bis 21 ..... Schwennicke
§ 22 und 23 ..... Auerbach
§§ 24 bis 26 ..... Schwennicke
§ 27 ..... Auerbach
§ 28 ..... Schwennicke
§ 29 ..... Auerbach/Reimann
§§ 30 bis 43 ..... Schwennicke
§ 44 ..... Auerbach/Reimann
§§ 45 bis 60 ..... Schwennicke
§ 61 ..... Auerbach/Reimann
§§ 62 bis 68 ..... Schwennicke

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 4. Auflage V
Vorwort zur 3. Auflage VII
Vorwort zur 2. Auflage IX
Vorwort zur 1. Auflage XI
Autorenverzeichnis XIII
Bearbeiterverzeichnis XV
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis XXIX

Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG)

Erster Abschnitt. Allgemeine Vorschriften

1. Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsgesellschaften, gemischte Finanzholdinggesellschaften und gemischte Holdinggesellschaften sowie Finanzunternehmen

§ 1 Begriffsbestimmungen 1
§ 1a Geltung der Verordnungen (EU) Nr. 575/2013, (EG) Nr. 1060/2009 und (EU) 2017/2402 für Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute 127
§ 1b (aufgehoben) 133
§ 2 Ausnahmen 133
§ 2a Ausnahmen für gruppenangehörige Institute und Institute, die institutsbezogenen Sicherungssystemen angehören 179
§ 2b Rechtsform 199
§ 2c Inhaber bedeutender Beteiligungen 200
§ 2d Leitungsorgane von Finanzholding-Gesellschaften und gemischten Finanzholding-Gesellschaften 222
§ 2e Ausnahmen für gemischte Finanzholding-Gesellschaften 224
§ 3 Verbotene Geschäfte 228
§ 4 Entscheidung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht 245

2. Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

§ 5 (aufgehoben) 247
§ 6 Aufgaben 247
§ 6a Besondere Aufgaben 268
§ 6b Aufsichtliche Überprüfung und Beurteilung 273
§ 7 Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank 283
§ 7a Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission 298
§ 7b Zusammenarbeit mit der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde, der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde und der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung 300
§ 7c Zusammenarbeit mit dem Europäischen Bankenausschuss 306
§ 7d Zusammenarbeit mit dem Europäischen Ausschuss für System-risiken 306
§ 8 Zusammenarbeit mit anderen Stellen 307
§ 8a Besondere Aufgaben bei der Aufsicht auf zusammengefasster Basis 325
§ 8b (aufgehoben) 331
§ 8c Übertragung der Zuständigkeit für die Aufsicht über Institutsgruppen, Finanzholding-Gruppen, gemischte Finanzholding-Gruppen und gruppenangehörige Institute 331
§ 8d (aufgehoben) 335
§ 8e Aufsichtskollegien 335
§ 8f Zusammenarbeit bei der Aufsicht über bedeutende Zweigniederlassungen 339

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

§ 9 Verschwiegenheitspflicht 344

Zweiter Abschnitt. Vorschriften für Institute, Institutsgruppen, Finanzholding-Gruppen, gemischte Finanzholding-Gruppen und gemischte Holdinggesellschaften

1. Eigenmittel und Liquidität

§ 10 Ergänzende Anforderungen an die Eigenmittelausstattung von Instituten, Institutsgruppen, Finanzholding-Gruppen und gemischten Finanzholding-Gruppen; Verordnungsermächtigung 362
§ 10a Ermittlung der Eigenmittelausstattung von Institutsgruppen, Finanzholding-Gruppen und gemischten Finanzholding-Gruppen; Verordnungsermächtigung 392
§ 10b (aufgehoben) 434
§ 10c Kapitalerhaltungspuffer 434
§ 10d Antizyklischer Kapitalpuffer 437
§ 10e Kapitalpuffer für systemische Risiken 445
§ 10f Kapitalpuffer für global systemrelevante Institute 455
§ 10g Kapitalpuffer für anderweitig systemrelevante Institute 464
§ 10h Zusammenwirken der Kapitalpuffer für systemische Risiken, für global systemrelevante Institute und für anderweitig systemrelevante Institute 475
§ 10i Kombinierte Kapitalpuffer-Anforderung 478
§ 11 Liquidität 486
§ 12 (aufgehoben) 514
§ 12a Begründung von Unternehmensbeziehungen 514

2. Kreditgeschäft

§ 13 Großkredite; Verordnungsermächtigung 523
§§ 13a und 13b (aufgehoben) 537
§ 13c Gruppeninterne Transaktionen mit gemischten Holdinggesellschaften 537
§ 13d (aufgehoben) 543
§ 14 Millionenkredite 543
§ 15 Organkredite 563
§ 16 (aufgehoben) 583
§ 17 Haftungsbestimmung 583
§ 18 Kreditunterlagen 585
§ 18a Verbraucherdarlehen und entgeltliche Finanzierungshilfen; Verordnungsermächtigung 600
§ 18b (aufgehoben) 615
§ 19 Begriff des Kredits für § 14 und des Kreditnehmers für die §§ 14, 15 und 18 . 615
§ 20 Ausnahmen von den Verpflichtungen nach § 14 643
§§ 20a–c (aufgehoben) 646
§ 21 Begriff des Kredits für die §§ 15 bis 18 646
§ 22 Verordnungsermächtigung für Millionenkredite 677

2a. Refinanzierungsregister

Vorbemerkung zu §§ 22a–22o 679
§ 22a Registerführendes Unternehmen 683
§ 22b Führung des Refinanzierungsregisters für Dritte 692
§ 22c Refinanzierungsmittler 695
§ 22d Refinanzierungsregister 695
§ 22e Bestellung des Verwalters 701
§ 22f Verhältnis des Verwalters zur Bundesanstalt 705
§ 22g Aufgaben des Verwalters 706
§ 22h Verhältnis des Verwalters zum registerführenden Unternehmen und zum Refinanzierungsunternehmen 707

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 22i Vergütung des Verwalters 709
§ 22j Wirkungen der Eintragung in das Refinanzierungsregister 710
§ 22k Beendigung und Übertragung der Registerführung 718
§ 22l Bestellung des Sachwalters bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens 721
§ 22m Bekanntmachung der Bestellung des Sachwalters 723
§ 22n Rechtsstellung des Sachwalters 725
§ 22o Bestellung des Sachwalters bei Insolvenzgefahr 728

3. Kundenrechte

§ 22p (aufgehoben) 730

4. Werbung und Hinweispflicht der Institute

§ 23 Werbung 730
§ 23a Sicherungseinrichtung 738

5. Besondere Pflichten der Institute, ihrer Geschäftsleiter sowie der Finanzholding-Gesellschaften, der gemischten Finanzholding-Gesellschaften und der gemischten Holdinggesellschaften

§ 24 Anzeigen 747
§ 24a Errichtung einer Zweigniederlassung und Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen in anderen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums 766
§ 24b Teilnahme an Zahlungs- sowie Wertpapierliefer- und -abrechnungssystemen sowie interoperablen Systemen 780
§ 24c Automatisierter Abruf von Kontoinformationen 789
§ 25 Finanzinformationen, Informationen zur Risikotragfähigkeit; Verordnungsermächtigung 805
§ 25a Besondere organisatorische Pflichten von Instituten, Bestimmungen für Risikoträger; Verordnungsermächtigung 816
§ 25b Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen; Verordnungsermächtigung 877
§ 25c Geschäftsleiter 897
§ 25d Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan 924
§ 25e Anforderungen bei vertraglich gebundenen Vermittlern 957
§ 25f Besondere Anforderungen an die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation von CRR-Kreditinstituten sowie von Institutsgruppen, Finanzholding-Gruppen und gemischten Finanzholding-Gruppen, denen ein CRR-Kreditinstitut angehört; Verordnungsermächtigung 961

5a. Bargeldloser Zahlungsverkehr; Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen zu Lasten der Institute

§ 25g Einhaltung der besonderen organisatorischen Pflichten im bargeldlosen Zahlungsverkehr 965
§ 25h Interne Sicherungsmaßnahmen 979
§ 25i Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf E-Geld 1016
§ 25j Zeitpunkt der Identitätsüberprüfung 1025
§ 25k Verstärkte Sorgfaltspflichten 1028
§ 25l Geldwäscherechtliche Pflichten für Finanzholding-Gesellschaften 1031
§ 25m Verbotene Geschäfte 1032
§ 25n Einstufung als bedeutendes Institut 1035

5b. Vorlage von Rechnungslegungsunterlagen

§ 26 Vorlage von Jahresabschluß, Lagebericht und Prüfungsberichten 1043

5c. Offenlegung

§ 26a Offenlegung durch die Institute 1060

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

6. Prüfung und Prüferbestellung

§ 27 (aufgehoben) 1082
§ 28 Bestellung des Prüfers in besonderen Fällen 1082
§ 29 Besondere Pflichten des Prüfers 1088
§ 30 Bestimmung von Prüfungsinhalten 1122

7. Befreiungen

§ 31 Befreiungen; Verordnungsermächtigung 1123

Dritter Abschnitt. Vorschriften über die Beaufsichtigung der Institute

1. Zulassung zum Geschäftsbetrieb

§ 32 Erlaubnis 1130
§ 33 Versagung der Erlaubnis 1162
§ 33a Aussetzung oder Beschränkung der Erlaubnis bei Unternehmen mit Sitz außerhalb der Europäischen Union 1187
§ 33b Anhörung der zuständigen Stellen eines anderen Staates des Europäischen Wirtschaftsraums 1188
§ 34 Stellvertretung und Fortführung bei Todesfall 1189
§ 35 Erlöschen und Aufhebung der Erlaubnis 1194
§ 36 Maßnahmen gegen Geschäftsleiter und Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans 1215
§ 36a Tätigkeitsverbot für natürliche Personen 1235
§ 37 Einschreiten gegen unerlaubte oder verbotene Geschäfte 1241
§ 38 Folgen der Aufhebung und des Erlöschens der Erlaubnis, Maßnahmen bei der Abwicklung 1251

2. Bezeichnungsschutz

§ 39 Bezeichnungen „Bank“ und „Bankier“ 1261
§ 40 Bezeichnung „Sparkasse“ 1270
§ 41 Ausnahmen 1273
§ 42 Entscheidung der Bundesanstalt 1277
§ 43 Registervorschriften 1279

3. Auskünfte und Prüfungen

§ 44 Auskünfte und Prüfungen von Instituten, Anbietern von Nebendienstleistungen, Finanzholding-Gesellschaften, gemischten Finanzholding-Gesellschaften und anderen Unternehmen 1297
§ 44a Grenzüberschreitende Auskünfte und Prüfungen 1310
§ 44b Auskünfte und Prüfungen bei Inhabern bedeutender Beteiligungen 1314
§ 44c Verfolgung unerlaubter Bankgeschäfte und Finanzdienstleistungen 1316

4. Maßnahmen in besonderen Fällen

§ 45 Maßnahmen zur Verbesserung der Eigenmittelausstattung und der Liquidität . 1326
§ 45a Maßnahmen gegenüber Finanzholding-Gesellschaften und gemischten Finanzholding-Gesellschaften 1345
§ 45b Maßnahmen bei organisatorischen Mängeln 1350
§ 45c Sonderbeauftragter 1354
§ 46 Maßnahmen bei Gefahr 1366
§ 46a Untersagungs- und Anordnungsbefugnis bei Verwenden externer Ratings 1388
§ 46b Insolvenzantrag 1391
§ 46c Insolvenzrechtliche Fristen und Haftungsfragen 1399
Vorbemerkung zu §§ 46d–f 1400
§ 46d Unterrichtung der anderen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums über Sanierungsmaßnahmen 1406

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 46e Insolvenzverfahren in den Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums 1415
§ 46f Unterrichtung der Gläubiger im Insolvenzverfahren und Insolvenzrangfolge .. 1426
§ 46g Moratorium, Einstellung des Bank- und Börsenverkehrs 1434
§ 46h Wiederaufnahme des Bank- und Börsenverkehrs 1439
§ 47 Anordnungsbefugnis nach der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 1441
§ 48 Maßnahmen bei Verstößen gegen die Verordnung (EU) 2017/2402 1445

4a. Maßnahmen gegenüber Kreditinstituten bei Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems

§§ 48a–48s (aufgehoben) 1452
§ 48t Maßnahmen zur Begrenzung makroprudenzieller oder systemischer Risiken .. 1452
§ 48u Maßnahmen zur Begrenzung makroprudenzieller Risiken im Bereich der Darlehensvergabe zum Bau oder zum Erwerb von Wohnimmobilien; Verordnungsermächtigung 1459

5. Vollziehbarkeit, Zwangsmittel, Umlage und Kosten

§ 49 Sofortige Vollziehbarkeit 1470
§ 50 (aufgehoben) 1475
§ 51 Umlage und Kosten 1475

Vierter Abschnitt. Besondere Vorschriften für für Wohnungsunternehmen mit Spareinrichtung

§ 51a Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung für Wohnungsunternehmen mit Spareinrichtung 1482
§ 51b Anforderungen an die Liquidität für Wohnungsunternehmen mit Spareinrichtung 1491
§ 51c Sonstige Sondervorschriften für Wohnungsunternehmen mit Spareinrichtungen 1494

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Fünfter Abschnitt. Sondervorschriften

§ 52 Sonderaufsicht 1498
§ 52a Verjährung von Ansprüchen gegen Organmitglieder von Kreditinstituten 1500
§ 53 Zweigstellen von Unternehmen mit Sitz im Ausland 1501
§ 53a Repräsentanzen von Instituten mit Sitz im Ausland 1517
§ 53b Unternehmen mit Sitz in einem anderen Staat des Europäischen Wirtschaftsraums 1520
§ 53c Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat; Verordnungsermächtigung 1548
§ 53d Mutterunternehmen mit Sitz in einem Drittstaat 1552

Sechster Abschnitt. Sondervorschriften für zentrale Gegenparteien und Zentralverwahrer

1. Zentrale Gegenparteien

§ 53e Inhaber bedeutender Beteiligungen 1555
§ 53f Aufsichtskollegien 1556
§ 53g Finanzmittelausstattung von zentralen Gegenparteien 1559
§ 53h Liquidität 1561
§ 53i Gewährung des Zugangs nach den Artikeln 7 und 8 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 1563
§ 53j Anzeigen; Verordnungsermächtigung 1563
§ 53k Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen 1566
§ 53l Anordnungsbefugnis; Maßnahmen bei organisatorischen Mängeln 1566
§ 53m Inhalt des Zulassungsantrags 1567
§ 53n Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzmittel und der Liquidität einer nach der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 zugelassenen zentralen Gegenpartei 1569

Inhaltsverzeichnis

2. Zentralverwahrer

§ 53o Anträge nach der Verordnung (EU) Nr. 909/2014; Verschwiegenheitspflicht .. 1578
§ 53p Anordnungsbefugnis für die Aufsicht nach der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 1579
§ 53q Eigentumsrechte an Zentralverwahrern 1580

Siebter Abschnitt. Strafvorschriften, Bußgeldvorschriften

§ 54 Verbotene Geschäfte, Handeln ohne Erlaubnis 1582
§ 54a Strafvorschriften 1589
§ 55 Verletzung der Pflicht zur Anzeige der Zahlungsunfähigkeit oder der Überschuldung 1596
§ 55a Unbefugte Verwertung von Angaben über Millionenkredite 1597
§ 55b Unbefugte Offenbarung von Angaben über Millionenkredite 1597
§ 56 Bußgeldvorschriften 1600
§ 57 (weggefallen) 1635
§ 58 (weggefallen) 1635
§ 59 Geldbußen gegen Unternehmen 1635
§ 60 Zuständige Verwaltungsbehörde 1636
§ 60a Beteiligung der Bundesanstalt und Mitteilungen in Strafsachen 1636
§ 60b Bekanntmachung von Maßnahmen 1638
§ 60c Bekanntmachung von Maßnahmen und Sanktionen wegen Verstößen gegen die Verordnung (EU) Nr. 909/2014, die Verordnung (EU) 2015/2365, die Verordnung (EU) 2016/1011 oder die Verordnung (EU) 2017/2402 1643
§ 60d Bekanntmachung von Maßnahmen und Sanktionen gegen Wertpapierdienstleistungsunternehmen und Betreiber von Datenbereitstellungsdiensten 1645

Achter Abschnitt. Übergangs- und Schlussvorschriften

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 61 Erlaubnis für bestehende Kreditinstitute 1648
§ 62 Überleitungsbestimmungen 1648
§ 63 (Aufhebung und Änderung von Rechtsvorschriften) 1649
§ 63a Sondervorschriften für das in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannte Gebiet 1649
§ 64 Nachfolgeunternehmen der Deutschen Bundespost 1650
§§ 64a–d (aufgehoben) 1650
§ 64e Übergangsvorschriften zum Sechsten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen 1650
§ 64f Übergangsvorschriften zum Vierten Finanzmarktförderungsgesetz 1653
§ 64g Übergangsvorschriften zum Finanzkonglomeraterichtlinie-Umsetzungsgesetz . 1654
§ 64h Übergangsvorschriften zum Gesetz zur Umsetzung der neu gefassten Bankenrichtlinie und der neu gefassten Kapitaladäquanzrichtlinie 1658
§ 64i Übergangsvorschriften zum Finanzmarktrichtlinie-Umsetzungsgesetz 1660
§ 64j Übergangsvorschriften zum Jahressteuergesetz 2009 1664
§ 64k Übergangsvorschrift zum Gesetz zur Umsetzung der Beteiligungsrichtlinie ... 1666
§ 64l Übergangsvorschrift zur Erlaubnis für die Anlageverwaltung 1666
§ 64m Übergangsvorschrift zum Brexit-Steuerbegleitgesetz 1668
§ 64n Übergangsvorschrift zum Gesetz zur Novellierung des Finanzvermittler- und Vermögensanlagenrechts 1671
§ 64o Übergangsvorschriften zum EMIR-Ausführungsgesetz 1671
§ 64p Übergangsvorschrift zum Hochfrequenzhandelsgesetz 1674
§ 64q Übergangsvorschrift zum AIFM-Umsetzungsgesetz 1675
§ 64r Übergangsvorschriften zum CRD IV-Umsetzungsgesetz 1675
§ 64s Übergangsvorschrift zum Gesetz zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten 1686
§ 64t Übergangsvorschrift zur Verordnung (EU) Nr. 1060/2009 1687
§ 64u Übergangsvorschrift zum BRRD-Umsetzungsgesetz 1687
§ 64v Übergangsvorschriften zum Ersten Finanzmarktnovellierungsgesetz 1687

§ 64w Übergangsregelung zum CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz 1690
§ 64x Übergangsvorschrift zum Zweiten Finanzmarktnovellierungsgesetz 1691
§ 64y Übergangsvorschriften zum Gesetz zur Umsetzung der Änderungsrichtlinie zur Vierten EU-Geldwäscherichtlinie 1694
§ 65 (Inkrafttreten) 1695

Gesetz über die Beaufsichtigung von Zahlungsdiensten (Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz – ZAG)

Abschnitt 1. Allgemeine Vorschriften

Unterabschnitt 1. Begriffsbestimmungen, Anwendungsbereich, Aufsicht

§ 1 Begriffsbestimmungen 1697
§ 2 Ausnahmen; Verordnungsermächtigung 1744
§ 3 Für Institute zugelassene Tätigkeiten und verbotene Geschäfte 1767
§ 4 Aufgaben und allgemeine Befugnisse der Bundesanstalt; Entscheidung in Zweifelsfällen 1776
§ 5 Zusammenarbeit mit anderen Behörden 1779
§ 6 Verschwiegenheitspflicht 1780

Unterabschnitt 2. Durchsetzung des Erlaubnisvorbehalts

§ 7 Einschreiten gegen unerlaubte Zahlungsdienste und E-Geld-Geschäfte 1781
§ 8 Verfolgung unerlaubter Zahlungsdienste und E-Geld-Geschäfte 1786

Unterabschnitt 3. Sofortige Vollziehbarkeit

§ 9 Sofortige Vollziehbarkeit 1791

Abschnitt 2. Erlaubnis; Inhaber bedeutender Beteiligungen

Unterabschnitt 1 Erlaubnis

§ 10 Erlaubnis für das Erbringen von Zahlungsdiensten; Verordnungsermächtigung 1792
§ 11 Erlaubnis für das Betreiben von E-Geld-Geschäften; Verordnungsermächtigung 1808
§ 12 Versagung der Erlaubnis 1812
§ 13 Erlöschen und Aufhebung der Erlaubnis 1820

Unterabschnitt 2. Inhaber bedeutender Beteiligungen

§ 14 Inhaber bedeutender Beteiligungen; Verordnungsermächtigung 1824

Abschnitt 3. Eigenmittel, Absicherung im Haftungsfall

§ 15 Eigenmittel; Verordnungsermächtigung 1828
§ 16 Absicherung für den Haftungsfall für Zahlungsauslösedienste; Verordnungsermächtigung 1834

Abschnitt 4. Sicherungsanforderungen

§ 17 Sicherungsanforderungen für die Entgegennahme von Geldbeträgen im Rahmen der Erbringung von Zahlungsdiensten und des Betreibens des E-Geld-Geschäfts 1838
§ 18 Sicherungsanforderungen für die Entgegennahme von Geldbeträgen für die Ausgabe von E-Geld 1839

Abschnitt 5. Vorschriften über die laufende Beaufsichtigung von Instituten

§ 19 Auskünfte und Prüfungen 1845
§ 20 Abberufung von Geschäftsleitern und Mitgliedern des Verwaltungs- und Aufsichtsorgans, Übertragung von Organbefugnissen auf Sonderbeauftragte 1846
§ 21 Maßnahmen in besonderen Fällen und Insolvenzantrag 1847

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

§ 22 Vorlage von Jahresabschluss, Lagebericht und Prüfungsberichten 1850
§ 23 Anzeigepflicht bei Bestellung des Abschlussprüfers, Bestellung in besonderen Fällen 1851
§ 24 Besondere Pflichten des Prüfers; Verordnungsermächtigung 1852
§ 25 Inanspruchnahme von Agenten, Verordnungsermächtigung 1854
§ 26 Auslagerung 1858
§ 27 Organisationspflichten 1861
§ 28 Anzeigen; Verordnungsermächtigung 1872
§ 29 Monatsausweise; Verordnungsermächtigung 1875
§ 30 Aufbewahrung von Unterlagen 1876

Abschnitt 6. Sondervorschriften für das E-Geld-Geschäft und den Vertrieb und die Rücktauschbarkeit

§ 31 Verbot der Ausgabe von E-Geld über andere Personen 1878
§ 32 Vertrieb und Rücktausch von E-Geld durch E-Geld-Agenten 1878
§ 33 Verpflichtungen des E-Geld-Emittenten bei der Ausgabe und dem Rücktausch von E-Geld 1880

Abschnitt 7. Sonderbestimmungen für Kontoinformationsdienste

§ 34 Registrierungspflicht; Verordnungsermächtigung 1884
§ 35 Versagung der Registrierung 1890
§ 36 Absicherung für den Haftungsfall; Verordnungsermächtigung 1891
§ 37 Erlöschen und Aufhebung der Registrierung 1893

Abschnitt 8. Europäischer Pass, Zweigniederlassung und grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr, Zweigstellen aus Drittstaaten

§ 38 Errichten einer Zweigniederlassung, grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr durch inländische Institute 1896
§ 39 Errichten einer Zweigniederlassung, grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr von Unternehmen mit Sitz in einem anderen Staat des Europäischen Wirtschaftsraums 1900
§ 40 Berichtspflicht 1906
§ 41 Zentrale Kontaktperson; Verordnungsermächtigung 1906
§ 42 Zweigstellen von Unternehmen mit Sitz außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums 1907

Abschnitt 9. Register

§ 43 Zahlungsinstituts-Register 1909
§ 44 E-Geld-Instituts-Register 1910

Abschnitt 10. Gemeinsame Bestimmungen für alle Zahlungsdienstleister

Unterabschnitt 1. Kartengebundene Zahlungsinstrumente

§ 45 Pflichten des kontoführenden Zahlungsdienstleisters 1912
§ 46 Rechte und Pflichten des kartenausgebenden Zahlungsdienstleisters 1914
§ 47 Ausnahme für E-Geld-Instrumente 1916

Unterabschnitt 2. Zugang von Zahlungsauslöse- und Kontoinformationsdienstleistern zu Zahlungskonten

§ 48 Pflichten des kontoführenden Zahlungsdienstleisters bei Zahlungsauslösediensten 1916
§ 49 Pflichten des Zahlungsauslösedienstleisters 1918
§ 50 Pflichten des kontoführenden Zahlungsdienstleisters bei Kontoinformationsdiensten 1921
§ 51 Pflichten des Kontoinformationsdienstleisters 1923

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 52 Zugang zu Zahlungskonten 1925

Unterabschnitt 3. Risiken und Meldung von Vorfällen

§ 53 Beherrschung operationeller und sicherheitsrelevanter Risiken 1927
§ 54 Meldung schwerwiegender Betriebs- oder Sicherheitsvorfälle 1928

Unterabschnitt 4. Starke Kundenauthentifizierung

§ 55 Starke Kundenauthentifizierung 1931

Unterabschnitt 5. Zugang zu Konten und Zahlungssystemen

§ 56 Zugang zu Zahlungskontodiensten bei CRR-Kreditinstituten 1937
§ 57 Zugang zu Zahlungssystemen 1939
§ 58 Aufgaben der Bundesanstalt bei Kartenzahlverfahren, Ausnahmen für neue Zahlverfahren im Massenzahlungsverkehr; Verordnungsermächtigung 1945

Unterabschnitt 5a. Technische Infrastrukturleistungen

§ 58a Zugang zu technischen Infrastrukturleistungen bei der Erbringung von Zahlungsdiensten oder dem Betreiben des E-Geld-Geschäfts 1946

Abschnitt 11. Datenschutz

§ 59 Datenschutz 1952

Abschnitt 12. Beschwerden und Außergerichtliche Streitbeilegung

§ 60 Beschwerden über Zahlungsdienstleister 1955
§ 61 Beschwerden über E-Geld-Emittenten 1957
§ 62 Streitbeilegung bei einem Zahlungsdienstleister 1959

Abschnitt 13. Strafvorschriften, Bußgeldvorschriften

§ 63 Strafvorschriften 1964
§ 64 Bußgeldvorschriften 1964
§ 65 Mitteilung in Strafsachen 1966

Abschnitt 14. Übergangsvorschriften

§ 66 Übergangsvorschriften für Zahlungsinstitute, die bereits über eine Erlaubnis verfügen 1967
§ 67 Übergangsvorschriften für E-Geld-Institute, die bereits über eine Erlaubnis verfügen 1968
§ 68 Übergangsvorschriften für bestimmte Zahlungsdienste und für die starke Kundenauthentifizierung 1968

Sachregister 1971

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG